

# Massenprotest gegen Rentenreform

VON DANNY LEDER, PARIS

Um sein körperliches Befinden zu beschreiben, benützt der Fabriksarbeiter Yves das Wort „kaputt“, das sich in Frankreich seit der deutschen Besetzung als besonders krasse Zustandsbeschreibung eingebürgert hat: „Nach fünfzehn Jahren am Fließband bin ich kaputt,“ sagt der 35 Jährige: „Meine Handgelenke und Ellbogen schmerzen höllisch. Mit der Schichtarbeit habe ich meinen Schlaf verloren. Wie soll ich bis 62 Jahre durchhalten?“

Genau deswegen, nämlich wegen des Ausbleibens einer französischen „Hacklerregelung“, scheint die von Nicolas Sarkozy angeschobene Pensionsreform in eine dramatische Kraftprobe mit den Gewerkschaften zu münden. Wobei der heutige Streiktag nur ein Vorspiel für eine massivere Bewegung im Herbst sein dürfte, wenn die Reform vor das Parlament kommt.

Vorgesehen ist eine Anhebung des Mindestalters für einen Rentenantritt von bisher 60 auf 62 Jahre bis 2018. Die für eine Vollpension erforderlichen Beitragsjahre werden von derzeit 40,5 auf 41,5 bis 2020 ansteigen. Die automatische Erlangung einer Vollpension wird von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben.

Jüngere Franzosen haben diese Entwicklung eher verinnerlicht. Der Verweis der Regierung auf die längere Lebenserwartung und den Anstieg der Defizite wirkte. Fast ein Viertel aller öffentlichen Ausgaben fließen in die Renten - ein Anteil der unter den Industriestaaten nur noch von Österreich knapp und Italien deutlich übertroffen wird. Hingegen sind Frankreichs Pensionisten bei der Ersatzrate (Verhältnis der Pension zum Arbeitseinkommen) mit durchschnittlich 53 Prozent viel schlechter gestellt (Österreich: 80 Prozent).

Vor allem aber will die Regierung die Frühpensionen für Schwerarbeiter kippen. Nur wer vom Arzt als Invaliden anerkannt wird, kann mit 60 eine Vollpension antreten. „Die geringere Lebenserwartung von Schwerarbeiten kann so gar nicht festgestellt werden“, kritisiert Francois Chereque, Chef der CFDT-Gewerkschaft. Dabei war dieser gemäßigte Gewerkschaftsboss ursprünglich bereit, die Reform im Austausch gegen eine „Hacklerregelung“ zu akzeptieren. Dass auch er in die Protestfront einschert, ist ein Alarmzeichen.

Sarkozy hat aber wenig Spielraum. Nach der Niederlage seiner Regierungspartei bei Regionalwahlen im März erscheint die Rentenreform als letzte Chance, um seine Autorität im eigenen Lager vor den Präsidentenwahlen

2012 wieder unter Beweis zu stellen. Noch schwerer wiegt die Kritik der EU-Kommission und der Blick der Rating-Agenturen, die Frankreichs Regierung verdächtigen, sie würde den Abbau des Budgetdefizits nicht schaffen. Um seine diesbezügliche Glaubwürdigkeit zu sichern, will Sarkozy die Rentenreform jetzt durchziehen – als eine Vorleistung auf weitere Sparmaßnahmen.